

**Deputation für Kinder und Bildung
Sitzungsprotokoll der 23. Sitzung (staatlich)**

19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
17. Januar 2018	15:35 Uhr	16:50 Uhr	Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 29. November 2017
- TOP 3 Bericht: Geplante Verwendung der im Senat am 7.11.2017 in der Vorlage L 100/19
Vorlage ‚Konsequenz aus dem IQB-Bildungstrend‘ beschlossenen
Mittel in den Haushaltsjahren 2018 und 2019
- TOP 4 Einordnung der beabsichtigten Weiterentwicklungen der rechtli- Vorlage L 111/19
chen Ordnungsmittel zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter an
öffentlichen Schulen in das Personalentwicklungskonzept für
Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in den beiden Stadtgemeinden
Bremen und Bremerhaven
- TOP 5 Weiterentwicklung der Auswahl-, Vergabe- und Kapazitätsverord- Vorlage L 112/19
nung zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter an öffentlichen
Schulen (AVKV)
- TOP 6 Weiterentwicklung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst Vorlage L 113/19
für die Lehrämter an öffentlichen Schulen
- TOP 7 Weiterentwicklung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes Vorlage L 114/19
vom 21. Februar 1977 (Brem.GBl. S. 111 – 2040-i-2), zuletzt ge-
ändert durch Geschäftsverteilung des Senats vom 02.08.2016
(Brem.GBl. S. 434)
- TOP 8 Bericht über die geplante Neufassung der Verordnung über die Vorlage L 115/19
Zweijährige Höhere Handelsschule (ZHH)

- TOP 9 Bericht über die Umsetzung des Erasmus+ -Programms in Bremen Vorlage L 101/19
- TOP 10 Zuwendungsbericht 2016 der Senatorin für Kinder und Bildung – öffentlicher Teil - Vorlage L 118/19
– G 108/19
- TOP 11 Verschiedenes
- Bericht: Modellversuch Präventionskräfte Bericht L 550/19
- Bericht: Ausgabe von Schülerscheinen an Schülerinnen und Schülern der Vollzeitbildungsgänge an berufsbildenden Schulen Bericht L 551/19

TOP 1 Genehmigung Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sodann schlägt er vor, die Tagesordnung dahingehend zu ändern, die nichtöffentlichen Sitzungen der staatlichen und der städtischen Deputation zusammenzufassen und in der Pause zwischen der staatlichen und der städtischen Sitzung durchzuführen. Der Vorschlag findet die Zustimmung der Deputation.

Frau Peters bittet angesichts der Vielzahl nachversandter oder als Tischvorlagen eingebrachter Vorlagen die Sitzungsunterlagen künftig rechtzeitiger zu versenden.

Herr Dr. vom Bruch erinnert an die ausstehende Einigung zwischen den Fraktionen, die Anfangszeit der Deputation um eine halbe Stunde vorzulegen. Nach kurzer Aussprache, in deren Verlauf Herr Güngör an den Wunsch der Deputierten erinnert, die Sitzungen mögen nicht mehr so lange dauern, einigt sich die Deputation auf 15:00 Uhr als zukünftigen regelmäßigen Sitzungsbeginn.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung beschließt die Tagesordnung nach Maßgabe der vorangehenden Änderung.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung beschließt 15:00 Uhr als zukünftige regelmäßige Anfangszeit der Sitzungen.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 29. November 2017

Frau Vogt und Frau Peters erklären, sich bei der Abstimmung enthalten zu wollen, da sie an der letzten Sitzung nicht teilgenommen hatten.

Beschluss: (einstimmig bei 2 Enthaltungen)

TOP 3 Bericht: Geplante Verwendung der im Senat am 7.11.2017 in Vorlage L 100/19 der Vorlage ‚Konsequenz aus dem IQB-Bildungstrend‘ beschlossenen Mittel in den Haushaltsjahren 2018 und 2019

Der Bericht zur Mittelverwendung wird von der Deputation intensiv diskutiert. Insbesondere werden dabei Fragen nach dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens, des Umfang der möglichen Entlastungen, der Schwierigkeit der Lehrkräftegewinnung und des hohen Anteils nicht fertig ausgebildeter Lehrkräfte in der Unterrichtsvertretung, der Lage einzelner Schulen und den Kriterien der Verteilung erörtert. Auf die Frage von Herrn Dr. Güldner erläutert Frau Senatorin Dr. Bogedan, dass die Verteilung nicht ausschließlich nach Sozialindikatoren erfolgen, sondern auch auf anderen Indikatoren fußen solle um sich möglichst passgenau an den Bedingungen der belasteten Schulen zu orientieren. Ziel sei es, dass die Ressourcen und Lehrkräfte den Schulen im Sommer zur Verfügung stehen. Auf die Frage von Frau Vogt sagt Frau Senatorin Dr. Bogedan einen Bericht über die Verwendung der Mittel aus dem fachpolitischen Handlungskonzept für die kommende Sitzung zu. Auf die Nachfrage und den Verweis von Herrn Dr. vom Bruch auf die Beschlusslage aus der Bürgerschaft, kündigt Frau Senatorin Dr. Bogedan die Vorlage zur Gründung des Qualitätsinstituts in Bremen (IQHB) für die kommende Sitzung an.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4 Einordnung der beabsichtigten Weiterentwicklungen der rechtlichen Ordnungsmittel zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter an öffentlichen Schulen in das Personalentwicklungskonzept für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Auf Anregung von Herrn Dr. vom Bruch und Frau Vogt werden die Tagesordnungspunkte 4 bis 7 zusammenerörtert und abgestimmt. Eingangs der Diskussion erläutert Herr Huesmann die Änderungen durch die vorgelegten Neufassungen und die wesentlichen Grundzüge der beabsichtigten Gesetzes- und Verordnungsänderungen. Hierbei gehe es im Grundsatz darum, Praxiserfahrungen und zusätzliche Qualifikationen besser zu honorieren und dadurch auch mehr

Lehrkräfte schneller an die Schulen zu bringen. Außerdem gehe es um die Konzentration auf Mangelfächer, hier sei die Präzisierung bisher unscharf gewesen.

Die Deputation begrüßt und unterstützt die Zielsetzung der Weiterentwicklung der Ordnungsmittel und diskutiert zu Fragen einer möglichen Belastung aber auch des positiven individuellen Erfahrungsgewinns durch Vertretungsunterricht, der Verbesserung der Haltekraft, der Mentorenarbeit und der begleitenden Qualifikationen sowie der Rolle, die dem LIS hierbei zukommt. Frau Vogt kritisiert, dass die Universität nicht zu einer Anerkennung der Leistung über die Vergabe von Creditpoints bereit ist. Herr Güngör betont die Wichtigkeit der Personalgewinnung und erklärt, erforderlichenfalls müsse beim LIS personell nachgesteuert werden.

Unabhängig von der Begrüßung der geplanten Maßnahmen ist sich die Deputation einig, dass Vertretungsunterricht im Grundsatz vermieden werden und der Unterricht in allererster Linie möglichst von voll ausgebildeten Lehrkräften erteilt werden müsse.

TOP 5 Weiterentwicklung der Auswahl-, Vergabe- und Kapazitätsverordnung zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter an öffentlichen Schulen (AVKV) Vorlage L 112/19

Beschluss: Einstimmig

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Entwurf der Änderung der Auswahl-, Vergabe- und Kapazitätsverordnung zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter an öffentlichen Schulen (AVKV) zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 6 Weiterentwicklung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für die Lehrämter an öffentlichen Schulen Vorlage L 113/19

Beschluss: Einstimmig

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Entwurf der Änderung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für die Lehrämter an öffentlichen Schulen zur Kenntnis und stimmt dem Verfahren zu.

TOP 7 Weiterentwicklung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes vom 21. Februar 1977 (Brem.GBl. S. 111 – 2040-i-2), Vorlage L 114/19

**zuletzt geändert durch Geschäftsverteilung des Senats vom
02.08.2016 (Brem.GBl. S. 434)**

Beschluss: Einstimmig

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Entwurf der Weiterentwicklung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes in der anliegenden Fassung zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

**TOP 8 Bericht über die geplante Neufassung der Verordnung über Vorlage L 115/19
die Zweijährige Höhere Handelsschule (ZHH)**

Der Bericht, mit dem über das Verfahren bei der geplanten Änderung der Verordnung über die ZHH informiert wird, wird vorgelegt. Der Personalrat Schulen (Frau Hanauer) bittet darum, die Schrittigkeit einzuhalten und curriculare Änderungen an den Schulen nicht schon vor dem Ende des (Beteiligung-)Verfahrens umzusetzen.

Beschluss: Kenntnisnahme

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**TOP 9 Bericht über die Umsetzung des Erasmus+ -Programms in Vorlage L 101/19
Bremen**

Herr Dr. vom Bruch erklärt, der Bericht sei seines Erachtens zu unambitioniert, andere Länder seien seines Wissens besser. Auf den Wunsch der Deputierten sagt Herr Huesmann zu, die Deputation im Nachgang der Sitzung darüber zu informieren, wie viele Beratungsvorgänge durch die Koordinatorin durchgeführt und wie viele Anträge von Schulen von Erasmus abgelehnt wurden.

Beschluss: Kenntnisnahme

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Berichtsentwurf zur Kenntnis.

**TOP 10 Zuwendungsbericht 2016 der Senatorin für Kinder und Vorlage L 118/19
Bildung – öffentlicher Teil - – G 108/19**

Der öffentliche Teil des Zuwendungsberichts wird vorgelegt und allgemein diskutiert. Frau Vogt: bittet für das kommende Jahr die Abweichung bei der Zuwendung an die Stadtteilschule darzustellen, die durch die Übernahme von Lehrkräften in den öffentlichen Dienst entsteht. Die Deputation wünscht sich zudem für die Zukunft, dass Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr im und zusammenfassende Summenbildungen bei einzelnen Trägern in den Tabellen und kenntlich gemacht werden. Hierzu weist Frau Moning darauf hin, dass dies nicht der Bericht der Senatorin für Kinder und Bildung sei, sondern der Senatorin für Finanzen und das deshalb die Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt seien. Der bitte nach einem zukünftigen Benchmark könne nach Aussage von Herrn Staatsrat Pietrzok wegen des großen Aufwands und dafür fehlender Ressourcen leider nicht entsprochen werden.

Beschluss: Kenntnisnahme

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Zuwendungsbericht 2016 zur Kenntnis.

TOP 11 Verschiedenes

Der Bericht „Modellversuch Präventionskräfte“ wird der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung vorgelegt.

Der Bericht „Ausgabe von Schülerscheinen an Schülerinnen und Schülern der Vollzeitbildungsgänge an berufsbildenden Schulen“ auf die Frage des Abgeordneten Claas Rohmeyer wird vorgelegt.

Weitere Berichtsbitten oder Fragen werden nicht gestellt.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 16:50 Uhr.